Beilage zum „Riesaer Tageblatt“.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

№ 276. Sonnabend, 26. November 1921, abends. 74. Jahrg.

Stinnes — Ryland.

Herr Dr. Hans Kraemer, Mitglied des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie und Mitglied des Reichswirtschaftsrates, hielt am Donnerstag im Verein Berliner Kaufleute und Industrieller einen Vortrag über die sogenannte Kreditaktion der Industrie und über die Reparationsfrage. Er erzählte dabei eine interessante Geschichte. Ein deutscher Bankier wurde von einem englischen Finanzmann kürzlich gefragt, wie lange Deutschland wohl noch weiter zahlen könne. Der Deutsche antwortete, er denke, vielleicht noch 1½ Jahre. Darauf der Engländer: „Um Gottes Willen, solange halten wir es nicht aus!“

Dieser englische Finanzmann sprach in nackten Worten die Einsicht aus, die von deutscher Seite seit dem Zustandekommen des Versailler Vertrags immer wieder zu erwecken versucht worden ist, die aber nur sehr langsam in der Welt an Boden zu gewinnen scheint. Daß sie eines Tages allgemein sein wird, daß schließlich erkannt werden wird, die Forderungen des Reparationsultimatums gingen nicht nur über Deutschlands Zahlungs-, sondern auch über der Alliierten Empfangskraft hinaus, ist garnicht zu bezweifeln. Der Weg führt über die praktische Wirtschaft. Und praktische Wirtschaftler eines der reparationsempfangenden Länder, die im Bunde der englischen Industrie zusammengefaßte englische Produktivwirtschaft ist es, die jetzt, unter Führung ihres Präsidenten Sir Peter Ryland zum ersten Male ganz nüchtern und höchst offiziell mit dieser Erkenntnis in einer Denkschrift an die Oeffentlichkeit tritt. Die Tatsache ist umso bedeutungsvoller, als sie zeitlich mit den Verhandlungen des deutschen Industrieverbandes in Deutschland und namentlich mit den Londoner Verhandlungen Stinnes', von dem sicher angenommen werden kann, daß er nicht ohne Fühlung mit dem Reichsverbande der deutschen Industrie nach der Themsestadt gefahren ist, zusammentreffen. Dieses zeitliche Zusammentreffen in Verbindung mit dem sachlichen Inhalt der englischen Industriedenkschrift ist so auffällig, daß ein großes Maß von kombinatorischer Enthaltsamkeit dazu gehörte, nicht auch an andere Zusammenhänge, als an lediglich zeitliche zu glauben. Was in der englischen Denkschrift vom deutschen Standpunkt aus am erfreulichsten ist, ist die uneingeschränkte Feststellung, daß die jetzige Reparationsregulierung weder für Deutschland noch für die Alliierten erträglich sei. Es ist eine höflichere Umschreibung des Wortes, das vor kurzem von dem Londoner Bankier Lord Rothschild dem schon oben zitierten Dr. Hans Kraemer gegenüber ausgesprochen worden ist: „Die Forderungen des Ultimatums sind kompletter Blödsinn!“ Man denke an die Entwicklung, die notwendig war, um von Lloyd Georges berüchtigtem „Deutschland kann zahlen und wird zahlen, Tonne für Tonne und Schilling für Schilling“ zu dieser Resignation zu führen. Hier ist in grundsätzlicher Hinsicht enorm viel Boden gewonnen worden, hier liegt eine Bestätigung für all diejenigen, die sich eine Rückkehr zur Vernunft zwar nicht mit großer Schnelligkeit und nicht mit explosivem Radikalismus, aber doch auf die Dauer und nach und nach vom Gange der materiellen Entwicklung selbst versprachen.

Was die englische Industrie zur Verbesserung des grundsätzlich als tödlich erkannten Zustandes empfiehlt kann vom deutschen Standpunkt aus naturgemäß nicht so lebhaft begrüßt werden, wie jene grundsätzliche Erkenntnis selbst. Das ganze Problem ist den Engländern noch nicht lange genug aufgegangen und noch nicht gründlich genug überdacht worden, als daß man jetzt schon die absolute Medizin von ihnen erwarten könnte; außerdem sind sie natürlich auch von spezifisch englischen Interessen geleitet, die oftmals mit den Notwendigkeiten der deutschen Wirtschaft kollidieren. Aber ganz allgemein betrachtet, sind doch zwei Wahrheiten ausgesprochen, die, wenn sie erst einmal in all ihren Konsequenzen durchdacht sein werden, auch zu Einzelregulierungen von bedeutendem Gewinn werden führen müssen. Die eine dieser Wahrheiten heißt: Deutschland kann nur sehr wenig in Gold oder Goldeswert zahlen, es kommen für die Reparation im wesentlichen nur Sachleistungen in Betracht. Die andere Wahrheit lautet: Wenn Deutschland zahlen soll und trotzdem oder eben deswegen seine Wirtschaft aufrecht erhalten, so ist es notwendig, daß man ihm auch Absatzmärkte für seine Waren und Betätigungsfelder für seine Intelligenz einräumt. Auf Grund der ersten Erkenntnis wünschen die englischen Industriellen, daß man Deutschland gewisse Waren als Reparationsleistung abnehme, z. B. Kali, Holz u. dergl.; ferner außer dem tatsächlichen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, Ausführung gewisser Bauwerke in den alliierten Ländern, z. B. des Kanaltunnels. Auf Grund der zweiten Erkenntnis schlägt die englische Industrie vor, Deutschland mit der industriellen und kaufmännischen Wiederherstellung Mitteleuropas, des Balkans und Rußlands zu betrauen; es wird in der Denkschrift ziemlich eingehend dargelegt, daß kein anderes Land zu dieser Aufgabe so geeignet sei wie Deutschland, ja, daß jedes Land dieser Aufgabe gegenüber versagen müsse; und es wird bedauert, obwohl der ausgesprochene Zweck dieser Marktzuweisung der sein würde, Deutschland von den entwickelteren Gegenden der Welt nach jenen unentwickelteren oder sogar nach noch völlig der Erschließung harrenden wie z. B. Afrika, Asien und Südamerika abzulenken, — es wird damit ein Plan in die Welt gesetzt, der trotz allem einen wesentlichen Verzicht der Engländer in sich birgt und den man darum bisher durchaus nicht von ihnen erwarten zu können geglaubt hätte.

Der englische Vorschlag enthält dann noch andere Punkte, mit denen man sich in Deutschland sehr viel weniger wird befreunden können. Es wird z. B. Beteiligung an der deutschen Industrie gefordert, die, wenn sie nicht in ganz bestimmten, äußerst vorsichtigen Formen erfolgen würde, auf nichts anderes hinausliefe, als auf die berühmte Erfassung der Sachwerte. Ueber all diese Details wird in der nächsten Zeit wohl noch mancherlei zu sagen sein und gesagt werden. Für den ersten Augenblick aber gibt es kaum etwas Wichtigeres für den Betrachter dieses ganzen Vorganges, als der Plan der Sachleistungen und der Marktverteilung. Nach allem, was man darüber hörte, gehören diese Fragen gerade auch zu denjenigen, die Stinnes seinerseits in London zu besprechen wünschte, und zwar ganz sicher in einem Sinne, der sich in seinen Grundlinien von den Ansichten der englischen Industrie nicht sehr wesentlich unterscheidet. Wieweit besteht also eine Gemeinsamkeit zwischen dem Vorgehen Hugo Stinnes und Sir Peter Rylands? Es scheint, daß diese Frage eine der wichtigsten für die weitere praktische Entwicklung der ganzen, in starkem Flusse befindlichen Reparationsangelegenheit sein wird.

Stinnes wieder in Deutschland.

Hugo Stinnes befindet sich seit gestern wieder auf deutschem Boden. Er soll sich nach Mülheim begeben haben, wohin auch der geschäftsführende Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie Geheimrat Bücher gereist sei. Dem „Berl. Lokalanzeiger“ zufolge ist man in unterrichteten Kreisen der Ueberzeugung, daß der deutsche Industrielle mit Lloyd George zwischen Sonnabend und Montag auf dessen Landsitz tatsächlich verhandelt habe.

Die „B. Z. am Mittag“ erfährt von ihrem Londoner Berichterstatter, die Verhandlungen, die Hugo Stinnes in London nicht im Auftrage der deutschen Regierung, sondern im Auftrage der deutschen Industrie geführt hat, um diese durch Gewährung einer großen Anleihe in den Stand zu setzen, die nötigen Bürgschaften für die weitere Erfüllung der Reparationsverpflichtungen zu übernehmen, sind bisher durchaus zufriedenstellend verlaufen. Die Kreditgewährung an die deutsche Industrie werde so erfolgen, daß die englische Regierung und die beteiligten Kreise unmittelbar am Wiederaufblühen der deutschen Industrie interessiert würden, und zwar durch Beteiligung, nicht aber durch eine Finanzkontrolle. Es würde sich um ein die englischen Interessen berücksichtigendes, dem Wiesbadener Abkommen an die Seite zu stellendes Sachleistungsabkommen handeln.

Auch der englische nationale liberale Bund fordert die Abänderung des Friedensvertrages.

Der englische nationale liberale Bund nahm auf seiner gestrigen Schlußsitzung in New Castle eine Entschließung an, in der es heißt, der Handel könne nicht wieder belebt werden, bevor der **Friedensvertrag abgeändert**, der Freihandel wieder hergestellt und mit den verschwenderischen Regierungsausgaben ein Ende gemacht worden sei.

Laut „Daily Herald“ wird auf der zum 8. Dezember nach London einberufenen Sondernotkonferenz des **Internationalen gemeinsamen Rates der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung** eine Entschließung unterbreitet werden, die folgende Forderungen aufstellt: Streichung der Kriegsschulden, **vollständige Revision des Entschädigungsplanes**, Beendigung der bewaffneten Besetzung des größeren Teiles von Mitteleuropa und Stabilisierung der europäischen Währungen durch Vereinbarung von internationalen Krediten oder Anleihen.

Die Kreditaktion der Industrie.

Der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates faßte einstimmig eine Entschließung, wonach die unverzügliche Durchführung der Kreditaktion der Industrie als eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland bezeichnet wird. Entschlossene Maßnahmen gegen die innere Defizitwirtschaft im Reiche, besonders bei den Reichsverkehrsbetrieben, seien daneben mit größter Beschleunigung in die Wege zu leiten.

Streik-Krise.

Die Streikwelle, deren erste Anfänge bereits schon vor etwa zwei Monaten zu erkennen waren, droht sich zu einer Sturmflut auszuwachsen. So steht Berlin z. B. schon wieder einmal vor einem Elektrizitäts- und Metallarbeiterstreik, in Kiel auf der Germaniawerft streikt die gesamte Belegschaft, neuerdings sind wieder die Straßenbahner in verschiedenen Städten des Rheinlandes und Westfalens in den Ausstand getreten. Den Pfalz-Kraftwerken, die den größten Teil der Pfalz mit elektrischem Strom versorgen, wird nicht gearbeitet, und so fast in unendlich langer Reihe. — Es ist anzunehmen, daß diese Bewegungen ihre erste Ursache in der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Angestellten und Beamten haben. Daß aber der Kommunismus die günstige Gelegenheit zu einer großzügigen Hetze ausnutzt, wird täglich aufs Neue durch die Parteiblätter erwiesen. Man glaubt aber, daß die Stunde wieder einmal gekommen sei, und da ist es heilsam, wenn in den blühenden Weizen ab und zu ein kleiner Hagelschauer fällt. Vielleicht bringt die Aufdeckung der Vorgänge, die zu dem mitteldeutschen Märzputsch führten, doch manch einen Verhetzten zur Besinnung. Angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage muß auch von jedem Arbeitgeber erwartet werden, daß er, soweit es sich bei den Streiks um reine Lohnbewegungen ohne politischen Einschlag handelt, alles tut, was in seinen Kräften steht, um die Zuspitzung der Lage zu verhindern. Die Not ist groß im Volke, und Einsicht muß auf beiden Seiten da sein, wenn wir über den uns bevorstehenden schweren Winter hinwegkommen wollen. Prinzipienreiterei der Arbeiterschaft gegenüber darf jetzt nicht getrieben werden, ebenso wenig wie die Forderungen der Arbeiter über die Leistungsfähigkeit der Betriebe hinausgehen dürfen, von der sich zu überzeugen sie ja jederzeit nach dem Betriebsrätegesetz das Recht haben.

Der drohende Streik in den Berliner städtischen Werken.

Dem „Vorwärts“ zufolge haben sich nach dem endgültigen Ergebnis der Abstimmung in den Berliner städtischen Werken 90 Prozent der Angestellten für Ablehnung des Schiedsspruches und somit für den Streik erklärt. Auf Veranlassung der Gewerkschaften und Funktionäre der städtischen Angestellten finden aber nochmals Besprechungen mit dem Magistrat statt, um die Stadtverwaltung zu einem Nachgeben in der Lohnfrage zu veranlassen. Die Verhandlungen des Magistrats mit dem Lohnkartell der städtischen Arbeiter sind ergebnislos verlaufen. Es ist also ein Streik der Arbeiter zu befürchten.

Das Berliner Versammlungsverbot aufgehoben.

Der Berliner Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: Das aufgrund des Artikels 123 der Reichsverfassung unter dem 22. November 1921 angeordnete **Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel** tritt am 28. November 1921 **außer Kraft**. Aufgrund dieser Bekanntmachung sind vom Montag, den 28. November 1921 ab Versammlungen unter freiem Himmel, Umzüge und Straßendemonstrationen wieder gestattet. Von der politischen Einsicht der Berliner Bevölkerung darf erwartet werden, daß sie den Mißbrauch der Versammlungsfreiheit zu verbrecherischen Ausschreitungen in Zukunft verhindern wird.

Die Veröffentlichung der kommunistischen Geheimberichte.

Der „Vorwärts“ setzt die Veröffentlichung der **kommunistischen Geheimberichte** über den Märzaufstand fort. In einem Bericht des Kommunisten Schmidt an die Zentrale der K. P. D. heißt es, am Karfreitag sei in einer Sitzung der kommunistischen Führer im Dresdner Hof in Halle die Parole ausgegeben worden: **Provozieren um jeden Preis!** Stürzt Straßenbahnen um! Schmeißt Handgranaten! Als Beweis, wie die Kommunisten in Mitteldeutschland von der Berliner Zentrale belogen worden sind, führt Schmidt an, daß sie Berichte über die Lage im ganzen Reiche bekamen, die außerordentlich günstig waren. Berlin sollte sich im Generalstreik befunden haben; Leipzig, das Ruhrgebiet und selbst Nordbayern sollten damit angefangen haben. In Wirklichkeit war nirgends an einen Generalstreik zu denken.

Wie der „Vorwärts“ weiter mitteilt, sind aufgrund des von ihm veröffentlichten Materials **Strafverfolgungen** eingeleitet worden.

Die Verhaftungen wegen Geheimbündelei.

Wie das Breslauer Polizeipräsidium mitteilt, wurde auf Ersuchen des Untersuchungsrichters in Offenburg vorgestern in Breslau ein Student **Koppe** verhaftet und nach Karlsruhe abtransportiert. Außer ihm wurden noch **sechs weitere Studenten** festgenommen, es sind dies ein Bruder des Koppe, Bernhard, ferner die Studenten Kusche, Nowack und zwei Freiherrn von Zedlitz-Neukirch. Es liegt der **Verdacht der Geheimbündelei** gegen sie vor. Die Ermittelungen werden voraussichtlich in den nächsten Tagen zum Abschluß gelangen, dann werden die Verhafteten, nachdem die Kollusionsgefahr beseitigt ist, wieder freigelassen werden.

Die Ernährungsfürsorge des Reiches.

Das Reichskabinett hat, wie bereits gemeldet, für Zwecke der Ernährungsfürsorge für unterernährte Kinder den Betrag von 100 Millionen Mark für das laufende Rechnungsjahr zur Verfügung gestellt. Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ dazu erfährt, soll diese Ernährungsfürsorge des Reiches, bei deren Durchführung auch auf die finanzielle Beteiligung der Länder gerechnet wird, vornehmlich den Kreisen der Bevölkerung zugutekommen, die von der gegenwärtigen wirtschaftlichen Not besonders betroffen werden. Sie soll mit dem Kinderhilfswerk der Quäker dergestalt verbunden werden, daß die für die Speisungen durch die Quäker benötigten Mengen an Mehl und Zucker von der deutschen Regierung weiter unentgeltlich bereitgestellt werden.

Die Washingtoner Konferenz.

Noch eine Rede Briands.

Nach einer Havas-Meldung aus Newyork hat der Ehrenpräsident der Associated Preß Melville Stone gestern abend im Lotosklub zu Ehren Briands ein Festmahl gegeben. Briand richtete während des Essens ein **Abschiedswort an das amerikanische Volk** und sagte u. a., dadurch, daß Frankreich nach Washington gegangen sei, habe es seinen Willen zu erkennen gegeben, mit Herzlichkeit und Eifer am Weltfrieden zu arbeiten wie am Siege. Frankreich müsse bewaffnet bleiben, weil es sich bewußt sei, daß es nicht allein um seiner Sicherheit, sondern auch um der ganzen Zivilisation willen bewaffnet bleiben müsse. Frankreich habe, um Blutvergießen zu vermeiden, zugegeben, daß der Friede auf seinem eigenen Boden unterzeichnet wurde; es habe dem Feinde erlaubt, sich mit Ehren, mit voller Bewaffnung unter würdevollen Bedingungen zurückzuziehen, die 50 Jahre vorher Frankreich verweigert worden seien. Solange das Deutschland von ehemals nicht abrüste, Staatsstreiche aushecke, Rachehoffnungen nähre, sich in Verbänden zusammenschließe und seine verbotene Armee von ehedem zu ersetzen trachte, müsse Frankreich stark bleiben. An dem Tage, wo Frankreich schwach würde, würde eine neue Kriegsgefahr entstehen und das demokratische Regime in Deutschland gestürzt werden. Frankreich dürfe die Sache des Friedens nicht im Stiche lassen.

Ein neuer Vorschlag Amerikas.

Die Amerikaner bereiten eine neue Sensation vor. Die **Kriegsschulden der Alliierten sollen auf die Hälfte herabgesetzt** werden, wenn die Delegationen dem Hughes'schen Abrüstungsplan ihre Zustimmung geben. Eine zweite Konferenz, von der man schon seit einer Woche in dunklen Andeutungen spricht, soll alle finanziellen Fragen lösen und das Valutaproblem Europas, dessen Erschütterungen auf das amerikanische Wirtschaftsleben übergreifen, sanieren. Zu dieser zweiten Konferenz, die wieder in Washington stattfinden wird, wird auch Deutschland eingeladen werden.

Reuter meldet aus **Washington**, ein Teil der amerikanischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz sei der Ansicht, daß jedes Uebereinkommen über die Rüstungen zur See die Gestalt eines **Vertrages** und nicht nur eines Einvernehmens haben müsse.

Die englisch-französischen Differenzen.

Der „Evening Standard“ berichtet, die an Frankreich gerichteten Worte Lord Curzons in seiner gestrigen Rede in der City seien vom **britischen Kabinett gebilligt** worden.

Der Sonderberichterstatter des Pariser „Journal“ in London meldet, es scheine, daß man in Frankreich sich nicht genau Rechenschaft darüber ablege, was **England** von dem **Programm** denke, das **Frankreich** in **Washington** über die Abrüstung zu Lande entwickelt habe. Mit vieler Vorsicht setzt der Berichterstatter seinen Landsleuten auseinander, wenn zwei oder drei Zeitungen auch die These Frankreichs ohne Einschränkung billigten, zwanzig andere brächten über die Haltung Frankreichs sehr harte, manchmal sogar beleidigende Artikel. Welches aber sei die Meinung der englischen Regierung? Der Korrespondent sagt: „Ich versichere, daß ich mich enthalten hätte, öffentlich eine Analyse der Erörterung zu geben, die heute abend im Kabinettsrat stattgefunden hat, wenn ich nicht befürchtete, daß man bestimmte Meinungsverschiedenheiten nicht länger verschweigen kann. Man kann sagen — glaube ich — daß die Meinung der englischen Regierung wie folgt ausgedrückt wurde: Da es der Wunsch der übrigen Teile der Welt ist, abzurüsten und da wir uns bereit erklärt haben, einen Teil unserer Marine zu opfern, schafft die Rede Briands eine neue Lage. Frankreich scheint bis an die Zähne bewaffnet bleiben zu wollen. Es verlangt das Recht, außer seinen militärischen Streitkräften eine relativ mächtige Flotte zu besitzen, die Unterseeboote von großer Tonnage enthalten soll, die also zu einem andern Zweck als zum rein defensiven Schutze der französischen Küste verwendet werden soll. Briand hat nichts